



Beschluss-Protokoll

der 1. und 2. Sitzung, Amtsjahr 2018-2019

Mittwoch, den 7. Februar 2018, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Remo Gallacchi, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Alexandra Suter, II. Ratssekretärin

Abwesende:

7. Februar 2018, 09:00 Uhr
1. Sitzung *François Bocherens (LDP), Felix Eymann (LDP), Beatriz Greuter (SP), Balz Herter (CVP/EVP), Stephan Mumenthaler (FDP), Jörg Vitelli (SP)*

7. Februar 2018, 15:00 Uhr
2. Sitzung *Beatriz Greuter (SP), Balz Herter (CVP/EVP), Oswald Inglin (CVP/EVP), Stephan Mumenthaler (FDP), Annemarie Pfeifer (CVP/EVP), Jörg Vitelli (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|--|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 4 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 5 |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tobit Schäfer, SP) | 6 |
| 4. | Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tobit Schäfer, SP) | 7 |
| 5. | Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Heiner Vischer, LDP) | 7 |
| 6. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "Mieterschutz beim Einzug (JA zu bezahlbaren Neumieten)" sowie Bericht der Kommissionsminderheit | 8 |
| 7. | Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "Mieterschutz am Gericht (JA zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren)" | 9 |
| 8. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für Finanzhilfen in Form von Betriebskostenbeiträgen an die Frauenberatungsstelle von familea (ehem. Basler Frauenverein am Heuberg) für die Jahre 2018-2021 | 11 |
| 9. | Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2018-2021 | 11 |
| 10. | Kantonale Volksinitiative "Für eine kantonale Behindertengleichstellung". Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren | 12 |
| 11. | Ausgabenbericht betreffend Erneuerung und Senkung des Staatsbeitrags an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2018-2021 | 13 |
| 13. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P347 "Gegen eine Ballung von Asylzentren in Kleinhüningen " | 14 |

| | | |
|-----|---|----|
| 14. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P368 "Inländervorrang für Unternehmen des öffentlichen Rechts und subventionierte Institutionen" | 14 |
| 15. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P369 "Frauenpower für Finanzierung Kunstmuseum" | 14 |
| 17. | Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2019 | 15 |
| 16. | Neue Interpellationen. | 16 |
| 12. | Ausgabenbericht des Gerichtsrates des Kantons Basel-Stadt betreffend Zustelldienst für das Betreibungsamt | 17 |
| 17. | Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2019 | 18 |
| 18. | Motionen 1 - 8 | 19 |
| | | |
| | Anhang A: Abstimmungsergebnisse | 22 |
| | Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen) | 26 |

Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2018, 09:00 Uhr

Antrittsrede des Grossratspräsidenten

Sehr geehrter Herr Statthalter

Sehr geehrte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrte Herren Regierungsräte (soweit anwesend)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mich in der letzten Sitzung im Januar zum Grossratspräsidenten gewählt. Für diese Wahl und das damit verbundene Vertrauen danke ich Ihnen herzlich.

„Jä, y schaff für Basel“ war ein Motto Anfang der 90er-Jahre der Verwaltung. Die Absicht war sicherlich ein Dienstleister für die Bevölkerung und die Stadt Basel zu sein. - „Jä, y schaff für Basel“ – auch wir Grossrätinnen und Grossräte sollten unsere Arbeit für Basel unter diesen Leitsatz stellen. Ich verstehe darunter Vertrauen, Verhältnismässigkeit und Wertschätzung. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist es nicht zum Besten bestellt. Wie können wir die Akzeptanz für unsere Arbeit erhöhen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung festigen und dort, wo es verloren ging, wieder zurück gewinnen? Wir sind gefordert!

Die Politik muss einerseits vernünftige Rahmenbedingungen schaffen und andererseits gleichzeitig auch verlässlicher Dienstleister sein. Die Politik machen wir, das Parlament, und die Regierung.

Es ist die Regierung, welche auf Grund unserer Gesetze die Verordnungen, Reglemente und Ausführungsbestimmungen erlässt. Und genau diese Verordnungen, Reglemente und Ausführungsbestimmungen betreffen die Bevölkerung direkt. Aber: Eine zu starke Regulierung erzeugt auch Verbote, welche bei der Bevölkerung auf Unverständnis stossen.

Entscheidungen können nicht mehr verhältnismässig gefällt werden. Verhältnismässige Entscheide bedingen keine enge Regulierung. Auch das Vertrauen der Regierung in ihre Angestellten muss erhöht werden. Somit können die Angestellten bei gleichlautendem Gesetz, situativ unterschiedliche Entscheidungen treffen - eben verhältnismässig - ohne dabei das Gesetz zu brechen.

Damit die Regierung überhaupt so regulieren kann, braucht es die entsprechenden Gesetzesformulierungen. Somit liegt der Ball eigentlich bei uns; wir müssen den ersten Steilpass geben. Wenn wir aber im Moment soweit sind, dass wir teilweise Gesetze erst dann erlassen wollen, wenn wir die entsprechende Verordnung dazu vor uns liegen haben, zeugt das nicht gerade von Vertrauen unsererseits gegenüber der Regierung. Selbstverständlich gilt dies immer auch gegenseitig.

Spielen wir also erste Pässe in diese Richtung. Verfassen wir die entsprechenden Gesetze nicht zu eng und geben dem Regierungsrat Spielraum bei der Ausführung. Nur so kann dieser weitergegeben werden, bis er bei der Bevölkerung ankommt und dort auch wahrgenommen wird. Meine Hoffnung ist, dass dadurch das Vertrauen in die Akzeptanz für die Politik grösser wird und wieder über uns gesagt werden kann: „Jä, die schaffe für Basel“. Dann haben wir vielleicht auch wieder die Wertschätzung gegenüber unserer Arbeit, die wir hier verrichten, gewonnen. Wir sind privilegiert und müssen damit sorgsam umgehen.

Unsere Wertschätzung der Bevölkerung, den ansässigen Firmen, Institutionen, Vereinen und auch einzelnen Personen gegenüber könnte ebenfalls besser sein.

Wenn eine grosse Pharmafirma aperiodisch Stellen streicht, und wir als Politiker die Auffassung vertreten, dass die ja Millionen oder Milliarden Gewinne erwirtschaften, und diese Entlassungen aus finanzieller Sicht gar nicht nötig sind, dann äussern wir uns negativ. Wenn jedoch die gleiche Firma im Standort Basel in den letzten 5 Jahren eine Personal-bilanz von plus 1'600 Arbeitsplätze vorweist, dann erwähnt das hier keiner. Und „Dankeschön“ sagt ohnehin niemand.

Wenn eine Versicherungsgesellschaft in einen Neubau in Basel investieren will und wir dies beinahe verhindert hätten, weil wir wegen ein paar bereits vorhandener unterirdischer Parkplätze darüber streiten, zu welcher Parzelle diese nun gezählt werden sollen, dann handeln wir nicht langfristig. Wir übersehen oft das grosse Ganze. Versuchen wir das weit überwiegend Positive zu sehen.

Firmen, die viel verdienen, bezahlen auch viel Steuern. Das ist zwar ihre Pflicht, aber diese Firmen - ob gross oder klein - tun noch viel mehr für diesen Kanton. Sie betreiben freiwillig Stiftungen, Abteilungen für Vergabungen, etc. Diese gesprochenen Gelder unterstützen soziale und kulturelle Institutionen und tragen damit wesentlich zu einem guten sozialen Zusammenleben in dieser Stadt bei. Hier kann man mit Fug und Recht behaupten: „Jä, die schaffe für Basel“.

Denken Sie nur daran wie viele Hundertausende, wenn nicht gar Millionen Schweizer Franken da freiwillig fließen. Der Kanton könnte dies gar nicht alles übernehmen und diese Gelder vermutlich auch nicht so

individuell und effizient einsetzen. Denken wir positiv und seien wir dankbar, dass viele Firmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Was heisst hier überhaupt „Firmen“? Letzten Endes stehen immer Menschen dahinter, welche sich dafür einsetzen.

Auch Privatpersonen, welche viel verdienen, bezahlen viel Steuern. Lassen wir die Neiddebatte und denken wir auch hier positiv. Viele dieser Personen unterstützen soziale Vereine und auch kulturelle Anlässe. Dies kommt wiederum der Bevölkerung direkt zu Gute, bereichert Basel ausserordentlich und macht unsere Stadt zum attraktiven Lebensraum. Auch hier kann man nicht wirklich beziffern, um wie viel Geld es sich handelt, aber die Auswirkungen sind spürbar. Ich kann da nur sagen: „Jä, die schaffe für Basel“.

Müssen wir uns wegen diverser Vorstösse damit beschäftigen, wie sich ein privater Verein nennen muss, nur weil er Gelder für einen notwendigen Leistungsauftrag vom Kanton erhält, den der Kanton gar nicht selber leisten kann?

Müssen wir hier über Traditionsvereine, wie z.B. Zünfte, Ehrengesellschaften, Studentenverbindungen, Bürgerschaften und viele andere diskutieren, ob sie antiquiert, falsch zusammengesetzt, oder nicht offen genug sind, obwohl wir daran gar nichts ändern können, und es auch nicht unsere Aufgabe ist dies zu tun?

Versuchen wir wiederum das Positive zu sehen. Viele dieser Vereine schaffen soziale Treffpunkte. Sie sammeln Hunderttausende von Franken für sozial Benachteiligte oder für kulturelle Institutionen und alles freiwillig. Theatervereine, Kulturfloss, Jugendkulturfestival, Fährverein – stellen Sie sich Basel ohne Fähren vor –, „Em Bebbi sy Jazz“, Sommerblues und viele mehr machen diese Stadt attraktiv. Was unser Basel ausmacht ist doch die grosse Vielfalt und hohe Lebensqualität, welche durch diese vielen unterschiedlichen Institutionen erst möglich wird. Es sind nicht unsere Gesetze, welche die Leute zu ihrem grossen Engagement für unsere Stadt zwingen. Nein, sie tun dies freiwillig und in vielen Fällen erst noch ehrenamtlich. Freuen wir uns also darüber, dass das Positive weit überwiegt. Stellen wir nicht immer das Negative ins Zentrum. Ja, hier kommt mal wohl nicht darum herum zu sagen: „Jä, die schaffe für Basel“. Ich danke all diesen Institutionen und Menschen für ihr grosses Engagement zu Gunsten unserer schönen Stadt. Ihnen gebührt höchste Anerkennung.

Damit jetzt kein falsches Bild entsteht – hier Politik und da Bevölkerung – möchte ich uns die Tatsache deutlich bewusst machen, dass auch wir Politiker Teil der Bevölkerung sind. Denn ich bin überzeugt, dass alle 100 Grossrätinnen und Grossräte im Privatleben eben in solchen Institutionen und Vereinen in irgendeiner Art und Weise tätig sind. Sie können also alle für sich in Anspruch nehmen: „Jä, y schaff für Basel“.

Versuchen wir diese Begeisterung und das positive Wirken dieser Firmen und Vereine für diese Stadt ins Parlament zu tragen. Lassen wir unsere Entscheidungen davon beeinflussen. Nicht, in dem wir dies immer mit Geld bewerkstelligen, sondern dadurch, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, welche diese Begeisterung und den ehrenamtlichen Einsatz fördern. Firmen und Vereine sollen die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.

Dann wird vielleicht die Hoffnung zur Realität, dass zu uns Politikern gesagt wird:

„Jä iir schaffed für Basel“

Mit diesem Ziel vor Augen freue ich mich auf eine anregende, erfreuliche Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Vielen Dank!

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.02.18 09:12:02, MGT]

Mitteilungen

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Beda Baumgartner (SP) nimmt den Platz des zurückgetretenen Tobit Schäfer ein. Beda Baumgartner ist mit Jahrgang 1991 neu das jüngste Mitglied in unserem Rat; bisher war dies Sebastian Kölliker (ebenfalls SP).

Ich bitte Beda Baumgartner, sich kurz von seinem Sitz zu erheben.

Ich wünsche dem neuen Mitglied für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse es hier herzlich willkommen.

Rücktritte

Béatrice Speiser hat den Rücktritt als Richterin am Zivilgericht am 22. Januar 2018 per sofort erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Rücktritt von Béatrice Speiser per sofort zu bewilligen

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen

Es sind fünf neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 1 und Nr. 3 werden mündlich beantwortet.

Änderungen der Geschäftsordnung

Der Beschluss des Grossen Rates vom 6. Dezember 2017 über die Änderungen der Geschäftsordnung des Grossen Rates sind am 1. Februar 2018 in Rechtskraft erwachsen, da die Referendumsfrist ungenutzt abgelaufen ist. Sie werden in den nächsten Tagen, die Änderungen zum Nachtrag in Ihrem Exemplar der Geschäftsordnung zugestellt bekommen. In der Onlinegesetzessammlung sind die Änderungen bereits nachgeführt.

Runde Geburtstage

Danielle Kaufmann, Sasha Mazzotti und Lisa Mathys haben mir mitgeteilt, dass sie alle kürzlich einen runden Geburtstag feiern durften. Zusammen werden die drei Frauen 140 Jahre alt. Ich gratuliere den Jubilarinnen im Namen des Grossen Rates herzlich und bedanke mich für den Kaffee, den sie heute Morgen und heute Nachmittag spendieren.

Tagesordnung

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Wie Sie bereits in der Tagesordnung gesehen haben wird das Geschäft Nr. 12, der Ausgabenbericht des Gerichtsrates, auf heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen terminiert.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.02.18 09:16:22, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Tobit Schäfer, SP)

[07.02.18 09:16:45, WA1]

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 402, 07.02.18 09:18:03]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 3 - 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion SP nominiert Franziska Roth (SP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten.

Abstimmung

Wahl von Franziska Roth als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 403, 07.02.18 09:20:12]

Der Grosse Rat wählt

Franziska Roth als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**4. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission
(Nachfolge Tobit Schäfer, SP)**

[07.02.18 09:20:42, WAH]

Für die Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde
Christian von Wartburg. Wählbar sind alle Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission

Abstimmung

Wahl von Christian von Wartburg
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 0 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 404, 07.02.18 09:21:42]

Der Grosse Rat wählt

Christian von Wartburg als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden
Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge
Heiner Vischer, LDP)**

[07.02.18 09:22:09, WAH]

Die Fraktion LDP nominiert André Auderset (LDP) als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP.

Abstimmung

Wahl von André Auderset
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 405, 07.02.18 09:23:21]

Der Grosse Rat wählt

André Auderset als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden
Amtsdauer.
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "Mieterschutz beim Einzug (JA zu bezahlbaren Neumieten)" sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[07.02.18 09:23:56, JSSK, PD, 16.1581.03, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragt mit ihrem Bericht 16.1581.03, der Beschlussvorlage zuzustimmen und die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen.

Die Kommissionsminderheit beantragt, die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Voten: *David Jenny, Referent JSSK Mehrheit; Tanja Soland, Referentin JSSK Minderheit; Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Fraktionsvoten

Voten: *Toni Casagrande (SVP); Thomas Gander (SP); Beat Leuthardt (GB); Jeremy Stephenson (LDP); Luca Urgese (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Luca Urgese (FDP)*

Voten: *Christian Griss (CVP/EVP)*

Einzelvoten

Voten: *Andreas Zappalà (FDP); René Brigger (SP)*

Schlussvoten

Voten: *Tanja Soland, Referentin JSSK Minderheit; David Jenny, Referent JSSK Mehrheit*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetztes wegen auf das Geschäft ein.

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Da sich die vorgelegten Beschlussentwürfe der Mehrheit und der Minderheit lediglich in der Abstimmungsempfehlung an die Stimmberechtigten unterscheiden, führen wir die Detailberatung entlang dem Entwurf der Mehrheit durch. Danach führen wir die **Schlussabstimmung durch über die Frage**, ob die Initiative gemäss Antrag der Mehrheit zur Verwerfung empfohlen werden soll oder gemäss Antrag der Minderheit zur Annahme. Mit diesem Vorgehen verhindern wir die Situation, dass der Grossratsbeschluss zunächst bereinigt, dann aber in der Schlussabstimmung abgelehnt wird.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, gemäss dem Vorschlag des Präsidenten vorzugehen.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses der Kommissionsmehrheit

Titel und Ingress

Absatz 1 unter Vorbehalt des Ergebnisses der Schlussabstimmung

Absatz 2, Rechtskraft

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

über die Abstimmungsempfehlung.

JA heisst Empfehlung auf Annahme (gemäss der Kommissionsminderheit), NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung (gemäss der Kommissionsmehrheit)

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 406, 07.02.18 10:19:19]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die von 3'363 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte formulierte Volksinitiative "Mieterschutz beim Einzug (JA zu bezahlbaren Neumieten)" mit dem folgenden Wortlaut:

"Das Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB) vom 27.4.1911 erhält folgenden neuen § 214b:

¹ (unverändert)

² Beträgt der Leerwohnungsbestand im Kanton höchstens 1,5 Prozent, sind Vermieterinnen und Vermieter von Wohnräumen verpflichtet, beim Abschluss eines Mietvertrages das in

Art. 270 Abs. 2 OR vorgesehene Formular zu verwenden.

³ Das kantonale Statistische Amt ermittelt jeweils per 1. Juni den Leerwohnungsbestand im Kanton. Liegt dieser Wert gegenüber dem Vorjahr neu unter 1,5 Prozent, ordnet der Regierungsrat die Pflicht zur Verwendung des Formulare an. Liegt dieser Wert neu über 1,5 Prozent, hebt der Regierungsrat diese Pflicht auf. Eine Änderung der Formularpflicht gilt ab 1. November desselben Jahres."

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf **Annahme** und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative durch die Stimmberechtigten tritt die entsprechende Gesetzesänderung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme in Kraft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "Mieterschutz am Gericht (JA zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren)"

[07.02.18 10:19:45, JSSK, PD, 16.1582.03, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) beantragt mit ihrem Bericht 16.1582.03, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin JSSK; Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Fraktionsvoten

Voten: *Christian Meidinger (SVP); David Jenny (FDP)*

Ursula Metzger (SP): beantragt, die Initiative mit **Empfehlung zur Annahme** dem Volk zu unterbreiten

Tonja Zürcher (GB): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Tonja Zürcher (GB)*

Voten: *Jeremy Stephenson (LDP); Christian Griss (CVP/EVP)*

Einzelvoten

Voten: *Beat Leuthardt (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD; Tanja Soland, Präsidentin JSSK*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetztes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

Rückweisungsantrag Fraktion GB

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 74 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 407, 07.02.18 11:01:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag abzulehnen

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Es wurde ein Antrag gestellt, die Initiative dem Stimmberechtigten **zur Annahme** zu empfehlen.

Ich schlage vor, dass wir die Schlussabstimmung über die Frage durchführen, ob die Initiative gemäss Antrag Metzger zur Annahme empfohlen werden soll oder gemäss der Kommission zur Verwerfung.

Mit diesem Vorgehen verhindern wir die Situation, dass der Grossratsbeschluss zunächst bereinigt, dann aber in der Schlussabstimmung abgelehnt wird.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, gemäss dem Vorschlag des Präsidenten vorzugehen.

Detailberatung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses der Kommission

Titel und Ingress

Absatz 1 unter Vorbehalt des Ergebnisses der Schlussabstimmung

Absatz 2, Rechtskraft

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Über die Abstimmungsempfehlung

JA heisst Empfehlung auf Annahme (gemäss Antrag Metzger), NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung (gemäss der Kommission)

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 408, 07.02.18 11:03:04*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die von 3'311 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte formulierte Volksinitiative „Mieterschutz am Gericht (JA zu bezahlbaren Mietgerichtsverfahren)“ mit dem folgenden gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 8. Februar 2017 geänderten und mit einer übergangsrechtlichen Ergänzung versehenen Wortlaut:

„Das Gesetz über die Gerichtsgebühren vom 16. Januar 1975 erhält folgenden neuen § 2a:

¹ In Verfahren vor Zivilgericht und Appellationsgericht, die ihren Ursprung bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten haben, werden keine Parteientschädigungen gesprochen.

² In solchen Verfahren betragen die Gerichtsgebühren minimal Fr. 200 und maximal Fr. 500 bei einer Nettomonatsmiete bis Fr. 2'500 bei Wohnungsmiete und bis Fr. 3'500 bei Geschäftsmiete.

³ Bei mutwilliger Prozessführung können einer Partei die Verfahrenskosten ganz oder teilweise auferlegt werden. Das Gesetz über die Gerichtsgebühren vom 16. Januar 1975 wird um eine neue Übergangsbestimmung ergänzt:

§ 3a

Übergangsbestimmung zur Änderung vom

Für Verfahren, die zum Wirksamkeitszeitpunkt rechtshängig sind, gilt das bisherige Verfahrensrecht bis zum Abschluss vor der betroffenen Gerichtsstanz."

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf **Verwerfung** und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative durch die Stimmberechtigten tritt die entsprechende Gesetzesänderung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme in Kraft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für Finanzhilfen in Form von Betriebskostenbeiträgen an die Frauenberatungsstelle von familia (ehem. Basler Frauenverein am Heuberg) für die Jahre 2018-2021

[07.02.18 11:03:37, BKK, PD, 17.1205.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) beantragt mit ihrem Bericht 17.1205.02, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Franziska Reinhard, Vizepräsidentin der BKK; Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 409, 07.02.18 11:12:22]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Frauenberatungsstelle von familia werden für die Jahre 2018–2021 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'520'000 (Fr. 380'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

9. Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2018-2021

[07.02.18 11:12:44, BKK, PD, 17.1670.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'200'000 zu bewilligen.

Voten: *Franziska Reinhard, Vizepräsidentin der BKK; Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 410, 07.02.18 11:17:12]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Ankäufe in ihre Sammlung wird der Öffentlichen Kunstsammlung Basel eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt Fr. 3'200'000 für die Jahre 2018–2021 zu Lasten des Investitionsbereichs Kultur erteilt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

10. Kantonale Volksinitiative "Für eine kantonale Behindertengleichstellung". Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren

[07.02.18 11:17:33, WSU, 17.1511.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Volksinitiative "Für eine kantonale Behindertengleichstellung" (17.1511) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Rechtsmittelbelehrung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 411, 07.02.18 11:19:12]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'417 Unterschriften zustande gekommene Volksinitiative "Für eine kantonale Behindertengleichstellung" wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Volksinitiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

11. Ausgabenbericht betreffend Erneuerung und Senkung des Staatsbeitrags an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2018-2021

[07.02.18 11:20:08, GSK, WSU, 17.1249.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'040'000 zu bewilligen.

Voten: Sarah Wyss, Präsidentin GSK

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 412, 07.02.18 11:24:51]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Stiftung Rheinleben werden betreffend Beratungsleistungen zugunsten von psychisch kranken und behinderten Personen für die Jahre 2018 bis 2021 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'040'000 (Fr. 260'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P347 “Gegen eine Ballung von Asylzentren in Kleinhüningen “

[07.02.18 11:25:33, PetKo, 16.5119.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P347 “Gegen eine Ballung von Asylzentren in Kleinhüningen” (16.5119) als erledigt zu erklären.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P347 (16.5119) ist **erledigt**.

14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P368 “Inländervorrang für Unternehmen des öffentlichen Rechts und subventionierte Institutionen”

[07.02.18 11:29:51, PetKo, 17.5281.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P368 “Inländervorrang für Unternehmen des öffentlichen Rechts und subventionierte Institutionen” (17.5281) als erledigt zu erklären.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P368 (17.5281) ist **erledigt**.

15. Bericht der Petitionskommission zur Petition P369 “Frauenpower für Finanzierung Kunstmuseum”

[07.02.18 11:34:59, PetKo, 17.5326.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P369 “Frauenpower für Finanzierung Kunstmuseum” (17.5326) zur Stellungnahme innert eines halben Jahres an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Tonja Zürcher, Präsidentin PetKo*

Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD: beantragt, die Frist zur Überweisung auf ein Jahr festzulegen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Eventualabstimmung

zur Frist der Stellungnahme

JA heisst sechs Monate, NEIN heisst ein Jahr.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 17 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 413, 07.02.18 11:41:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Frist: ein halbes Jahr.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition P369 (17.5326) zur Stellungnahme innert sechs Monaten an den Regierungsrat zu **überweisen**.

17. Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2019

[07.02.18 11:42:22]

1. Vorgezogene Budgetpostulat David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Begrenzung des Zweckgebundenen Betriebsergebnisses im Budget 2019

[07.02.18 11:42:22, FD, 17.5456.01, NVP]

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft haben Sie ein Schreiben des Regierungsrates erhalten. Das Ratsbüro war über dieses Vorgehen etwas erstaunt. Es wäre den Gepflogenheiten des Parlamentes dienlich, wenn die Debatte zu einem Geschäft im Plenum stattfindet und nicht in schriftlicher Form.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 17.5456 entgegenzunehmen.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); Andreas Ungricht (SVP); Tanja Soland (SP)*

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Noch ein Hinweis. Nach den folgenden Zwischenfragen beende ich den heutigen Morgen; wir beenden das Geschäft vor den Interpellationen am Nachmittag.

Zwischenfragen

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Tanja Soland (SP); Joël Thüring (SVP); Tanja Soland (SP)*

Schluss der 1. Sitzung

11:59 Uhr

Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2018, 15:00 Uhr

Voten: *Andreas Zappalà (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Tanja Soland (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Stöcklin (GB); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; François Bocherens (LDP); David Wüest-Rudin (fraktionslos)*

Zwischenfragen

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; David Wüest-Rudin (fraktionslos); Tim Cuénod (SP); David Wüest-Rudin (fraktionslos)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein. [*Abstimmung # 414, 07.02.18 15:25:00*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Vorgezogene Budgetpostulat 17.5456 einzutreten und es dem Regierungsrat zu **überweisen**.

16. Neue Interpellationen.

[07.02.18 15:25:44]

Interpellation Nr. 1 Beat K. Schaller betreffend "Rettet das Trottoir"

[07.02.18 15:25:44, BVD, 18.5021.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Beat K. Schaller (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 18.5021 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 2 Michael Koechlin betreffend Neubau Kuppel mit Bandproberäumen endlich realisieren!

[07.02.18 15:35:10, FD, 18.5024.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Koechlin (LDP)*

Interpellation Nr. 3 Oswald Inglin betreffend Schaffung eines Stadtteilsekretariats Basel-Ost

[07.02.18 15:39:20, PD, 18.5026.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 18.5026 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 4 Heinrich Ueberwasser betreffend Bahnanschluss zum Euroairport Basel-Mulhouse: Steht der Bahnanschluss zum Euroairport Basel-Mulhouse vor dem Aus?

[07.02.18 15:44:54, BVD, 18.5037.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Interpellation Nr. 5 Tim Cuénod betreffend Tarifierhöhungen bei "Distribus", der Entwicklung des Pendelverkehrs aus dem Elsass und grenzüberschreitender ÖV-Tariflösungen

[07.02.18 15:47:27, BVD, 18.5038.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

12. Ausgabenbericht des Gerichtsrates des Kantons Basel-Stadt betreffend Zustelldienst für das Betreibungsamt

[07.02.18 15:47:52, JSSK, GerR, 17.5394.01, ABE]

Der Gerichtsrat und die JSSK beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'472'552 zu bewilligen.

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich begrüsse zu diesem Traktandum den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger, der anstelle des Regierungsrates den Ausgabenbericht im Parlament vertreten wird. Es handelt sich dabei um eine historische Premiere, bedingt durch das neue Gerichtsorganisationsgesetz.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin JSSK; Stephan Wullschleger, Präsident des Gerichtsrates*

Fraktionsvoten

Voten: *Sarah Wyss (SP); Patrick Hafner (SVP); David Jenny (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); René Brigger (SP); Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *Stephan Wullschleger, Präsident des Gerichtsrates*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Gerichtsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 415, 07.02.18 16:15:37]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den internen Zustelldienst des Betriebsamtes Basel-Stadt werden Ausgaben in Höhe von Fr. 1'472'552.00 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2019

[07.02.18 16:16:04]

2. Vorgezogene Budgetpostulat Toni Casagrande und Konsorten betreffend Justiz- und Sicherheitsdepartement, 506 Kantonspolizei, Personalaufwand

[07.02.18 16:16:04, JSD, 18.5018.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 18.5018 entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB)*

Zwischenfragen

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Thomas Grossenbacher (GB); Heinrich Ueberwasser (SVP); Thomas Grossenbacher (GB)*

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Otto Schmid (SP); Luca Urgese (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Christian Meidinger (SVP); Luca Urgese (FDP)*

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher JSD*

Zwischenfrage

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); RR Baschi Dürr, Vorsteher JSD*

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP)*

Zwischenfragen

Voten: *Tanja Soland (SP); Patricia von Falkenstein (LDP); Thomas Gander (SP); Patricia von Falkenstein (LDP)*

Voten: *Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *David Jenny (FDP); Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher JSD*

Zwischenfrage

Voten: *Patricia von Falkenstein (LDP); RR Baschi Dürr, Vorsteher JSD*

Schlussvoten

Voten: *Toni Casagrande (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 57 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 416, 07.02.18 16:51:43]

Der Grosse Rat beschliesst

das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 18.5018 ist **erledigt**.

18. Motionen 1 - 8

[07.02.18 16:52:05]

1. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer Einrichtung eines Unterstützungsfonds für vorläufig aufgenommene Ausländer/innen (Status F) in der Sozialhilfe zur Förderung der Integration

[07.02.18 16:52:05, WSU, 17.5430.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 17.5430 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Pascal Messerli (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Michael Koechlin (LDP); Ursula Metzger (SP); Barbara Wegmann (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher WSU; Patrick Hafner (SVP); Oliver Bolliger (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Beat K. Schaller (SVP); Oliver Bolliger (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 39 Nein. [Abstimmung # 417, 07.02.18 17:18:44]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 17.5430 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Änderung des Personalgesetzes in Sachen Probezeit

[07.02.18 17:19:07, FD, 17.5431.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 17.5431 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Beda Baumgartner (SP); Christophe Haller (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Toya Krummenacher (SP); Christophe Haller (FDP)*

Voten: *Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP); François Bocherens (LDP); David Jenny (FDP); Patrick Hafner (SVP); Toya Krummenacher (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 418, 07.02.18 17:35:18]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 17.5431 ist **erledigt**.

3. Motion Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Aufhebung der sogenannten "ewigen Probezeit" bei Lehrpersonen

[07.02.18 17:35:47, ED, 17.5432.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 17.5432 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Beatrice Messerli (GB); Catherine Alioth (LDP)*

Remo Gallacchi, Grossratspräsident: Ich mache darauf aufmerksam, dass dies das letzte Geschäft ist für heute, damit wir uns rechtzeitig um 18:10 Uhr im Rathaushof einfinden können.

Voten: *Alexandra Dill (SP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Kerstin Wenk (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 419, 07.02.18 17:52:38]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichentscheid des Präsidenten die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 17.5432 ist **erledigt**.

Schluss der 2. Sitzung

17:53 Uhr

Basel, 7. Februar 2018

Remo Gallacchi
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär